

Warnung vor noch mehr Europa

Ökonomen befürchten großen wirtschaftlichen Schaden

ppl. FRANKFURT, 24. Juni. Ökonomen rund um den Erdball haben den Ausgang des Brexit-Votums mit großer Mehrheit als schweren Schlag gewertet. Von einem „Erbeben“ oder einem „Erdstößen“ sprachen die zahllosen Kommentaren am Freitag die Rede. Kurz vor der Entscheidung hatten noch zehn Wirtschaftsnobelpreisträger aus Großbritannien, Amerika und Frankreich, darunter George Akerlof, Angus Deaton und Jean Tirole, in einem Brief die Wähler gewarnt, dass eine Entscheidung für die EU besser sei. Ein Brexit werde große Unsicherheit schaffen über die künftigen Handelsarrangements der Briten sowohl mit Europa als auch mit Amerika und China. Diese Effekte könnten sich über Jahre hinziehen.

Völlig unklar war aber, wie stark die realwirtschaftlichen konjunkturellen Auswirkungen des Brexit-Votums sein würden – jenseits des Einbruchs an den Aktienmärkten und dem Absturz des Pfunds in den frühen Morgenstunden. Die Kursstürze verunsicherten viele Ökonomen. „Der Ausgang des Referendums ist ein Schock und ganz vergleichbar mit dem Lehman-Bankrott“, meinte der eurofreundliche Ökonom und Kolumnist Anatole Kaletsky. Andere rieten zur Ruhe. „Wenn sich der Staub einmal gesetzt hat, werden sich die globalen Implikationen des britischen Votums wahrscheinlich als viel weniger dramatisch erweisen, als es zuvor behauptet wurde“, schrieb das Analysehaus Capital Economics in London.

Der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Clemens Fuest, nannte die Entscheidung der Wähler „eine Niederlage der Vernunft“. Die Politik müsse jetzt alles tun, um den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen. „Dazu gehört es, sicherzustellen, dass Großbritannien so weit wie möglich in den Binnenmarkt integriert bleibt“, forderte Fuest. „Es ist wichtig, die Verhandlungen darüber möglichst schnell zum Abschluss zu bringen, damit die Phase der Unsicherheit über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen möglichst kurz bleibt.“ In einer vorab publizierten Studie hatten Ökonomen des Ifo-Instituts erhebliche wirtschaftliche Verluste für das Vereinigte Königreich errechnet, wenn es aus der EU austreten sollte. Nach Modellrechnungen könnten die Kosten zwischen 0,6 und 3 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens der Briten betragen. Auch die verbleibenden EU-Länder hätten Verluste zu befürchten. Deutschlands Einbußen würden allerdings gering bleiben. Sie könnten zwischen 0,1 und 0,3 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen. Fuest plädiert nun dafür, die Kosten auf beiden Seiten so gering wie möglich zu halten. Man sollte den Briten den Zugang zum gemeinsamen Markt weiter offenhalten.

Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, nannte das Brexit-Votum „eine Katastrophe für alle Europäer“. Das Referendum sei der größte Fehler einer britischen Regierung seit Jahrzehnten. Obwohl Europa nun erschüttert sei, sollten die Europapolitiker die gegenwärtige Krise „als Chance begreifen“.

Sie müssten Europa „auf den richtigen Zukunftspfad zurückführen“ – welcher das sei, sagte Fratzscher nicht.

Auch unter Ökonomen ist umstritten, was die Antwort der verbleibenden EU auf den Brexit sein sollte.

Der Berliner Ökonom Jörg Rocholl, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Finanzministeriums, warnte vor einem großen „Integrationsprung“. Die EU habe in den vergangenen Jahren kein gutes Bild abgegeben. „Vorschnelle Rufe nach weiterer Integration könnten diesen Eindruck eher verschärfen als helfen. Europa dauerhaft zusammenzuhalten“, meinte Rocholl. Volker Wieland, Mitglied des Rates der Wirtschaftsweisen, warnte die Politik vor einem neuen Drang zu „mehr Europa“ als Reaktion auf das Brexit-Votum. „Es wäre ein Fehler, jetzt nach vorne rennen zu wollen in Richtung Vereinigte Staaten von Europa“, sagte der Ökonom von der Frankfurter Goethe-Universität.

Der Ausgang des Referendums sei ein Weckruf an die politische Elite in der EU. „Viele Wähler wollen nicht noch mehr Souveränität an supranationale Behörden übertragen, man muss das akzeptieren“, sagte Wieland. Auch der Wirtschaftsweise Lars Feld mahnte: „Das Brexit-Referendum verdeutlicht, dass die EU sich viel zu weit von den Bürgern entfernt hat. Weitere Integrations Schritte zu fordern ist die falsche Reaktion auf den Brexit.“ Nötig sei es, erst einmal innezuhalten und das Erreichte zu stabilisieren, sagte Wieland. Die EU dürfe auf das britische Referendum nicht beleidigt reagieren. Alle Seiten müssten mit kühlem Kopf nachdenken. Im Übrigen hoffte Wieland, dass es vielleicht doch nicht zum Brexit kommen werde. Auch das Parlament in London habe mitzuentcheiden. Denkbar seien Neuwahlen. Selbst wenn die Briten austräten, müsste das keine Katastrophe sein. „Auch außerhalb der EU kann man erfolgreich sein, siehe Norwegen oder die Schweiz“, sagte Wieland.

Für den Fall eines Brexits rechnet Michael Wohlgemuth vom Thinktank Open Europe Berlin mit einer Verschiebung des wirtschaftspolitischen Denkens weg von der marktwirtschaftlichen Position der Briten und der ordnungspolitischen Position der Deutschen hin zu mehr planwirtschaftlichen Ansätzen, wie sie Frankreich vertrete. Die EU könnte sich noch mehr in eine Transfer- und Regulierungsmaschine entwickeln. Der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Achim Wambach, bedauerte den sich abzeichnenden Brexit als Zäsur für Europa. Die Briten würden nun in langwierige Verhandlungen eintreten, um sich die Vorteile einer Freihandelszone zu bewahren. Anderswo würden die euroskeptischen Kräfte gestärkt. Darauf müsste die EU reagieren. „Erforderlich ist eine stärkere Konzentration der EU-Kommission auf ihre Aufgabe als Hüterin der Verträge. Kompetenzen sollten zum Teil wieder in die nationalen Parlamente zurückverlagert werden“, forderte Wambach. Man werde ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten sehen.